

Der Reichstag einigstimmig. Es heißt, daß die Ansicht von der Notwendigkeit einer leidenschaftlichen Behandlung der Reparationsfrage sich auch in den Ländern unserer Verbündeten immer mehr Bahn breitet. Namentlich von Amerika, dessen Unterstützung unbedingt notwendig ist, erhofft sich dies. Im Namen der neuen Regierung erklärte ich, daß sie ohne Einschränkung auf den Boden der Rote vom 18. November tritt und fest entschlossen ist, das in ihr enthaltene Programm in vollem Umfange zu vertreten. Die Regierung macht sich das Wort des Sachverständigen zu eigen, daß Deutschland sich eine eigene aufbauende Politik schaffen muß. Diese muß in einem Zuge vereinen die grundsätzliche Politik der Wirtschaftsgeldung und entschlossene technische Maßnahmen der Währungsregulierung. Die neue Regierung will sofort eine vorläufige Aktion zur Hebung und Befestigung der Mark einleiten.

Es sei von der Deutschen Reichsbank ein Betrag von 500 Millionen Goldmark zur Verfügung gestellt werden, trotz der Gefahren bei einem etwaigen Scheitern der Aktion. Denn wer wollte nicht die akute Geldengeldnot der kriegsbedingten Verfallskrisis vorbeugen Grundbedingung aber ist, daß Deutschland auf drei bis vier Jahre von allen Bar- und Sachleistungen aus dem Vertrage von Versailles befreit werde und die von Deutschland in der Rote gestellten anderen Bedingungen erfüllt werden.

Cuno gegen Polincare.

Der Reichsanwalt polemisierte lobann gegen die letzte Rede Polincare in der französischen Kammer, und widerlegt sie Punkt für Punkt, was bis zu gering angeordneten Ausführungen und die Wareneinfuhr betrifft. Solange die Politik der Ultimaten gegenüber Deutschland Geltung habe, werde Deutschland seine Mark nicht stabilisieren können, und bevor das Ausland, wie Polincare es verlangt, Anleihen gewährt.

Steigerung der Produktion

Dr. Cuno fährt fort: Allerdings müsse Deutschland auch selbst zur Hebung der Wirtschaft beitragen. Die Regierung erwartet eine Steigerung der Leistung von allen Beteiligten, den Unternehmern und den Arbeitern. Es wird vor allem ein Abbau der unproduktiven Kräfte angestrebt sein. Das ist nicht bloß Produktions-, sondern auch Konsumentenpolitik. Damit soll dem Wucher nicht die Bahn freigegeben werden. Wo mächtige Vereinigungen von Industrie und Handel durch unbillige Preis- und Absatzbedingungen die Freiheit des Wettbewerbs unterdrücken, und wo Arbeitern und Verbrauchern ungerechtfertigte Lasten auferlegt werden, soll dann deren Gegenwehr durch die Tätigkeit der Reichsregierung verstärkt werden. Für das Handwerk soll die Möglichkeit verbesserter Organisation alsbald gesetzlich gesichert werden. Das Arbeitszeitrecht soll gesetzlich unter Festhaltung des Achtstundentages und gesetzlich begrenzter Ausnahmen geregelt werden. Der Schutz der Arbeitskraft und der freiwirtschaftliche Ausbau des Arbeiterrechtes soll ständig im Auge behalten werden. An die Landwirtschaft richte ich die Mahnung, der Volksgemeinschaft weiter Opfer zu bringen und die Ablieferung der mangelhaften Getreideumlage möglichst zu beschleunigen. Es ist der feste Wille der Reichsregierung, hierfür alle Kraft einzusetzen, wobei bei der Preisfestsetzung den veränderten wirtschaftlichen Veränderungen Rechnung getragen werden soll. Die Regierung wird es sich angelegen sein lassen, eine höchstmögliche Steigerung der Produktion zu fördern.

Trotz der Verarmung des Staates wird sich die Regierung das Schicksal der Kriegsschuldigen und der Sozialrentner angelegen sein lassen, wobei die Länder mitwirken sollen. Ich appelliere auch an die private Hilfsbereitschaft und danke im Namen des Volkes den menschenfreundlichen Spendern aus anderen Ländern.

Schließlich geht der Reichsanwalt auf die Notwendigkeit einer Steigerung der Reichseinnahmen ein und in Verbindung damit auf eine geldbewußte Beschränkung der Ausgaben auf das unbedingt Notwendige. Die Regierung will eine Wirtschaftspolitik im weitesten Sinne des Wortes betreiben. Am Schluß seiner Rede erklärt der Reichsanwalt, daß er auf ein friedliches Zusammenleben mit allen Völkern Bedacht nehmen werde, insbesondere auch mit den großen Nationen mit denen engste Beziehungen bestehen. Das Unglück Deutschlands und Europas war. Es werde ihm persönlich eine Freude sein, die vertrauensvollen Beziehungen, die er mit Wirtschaftsführern des Auslandes gewonnen habe, nun unmittelbar für den Dienst des Reiches fruchtbar zu machen.

Was wir treiben werden, sagte der Kanzler, soll eine ehrliche, schlichte deutsche Politik sein, die nichts mit den Schlagworten einer Ob- oder Weltpolitik zu tun hat. Solche Gegenüberstellung erweckt den Anschein, als wollten wir den Osten gegen den Westen, oder umgekehrt, ausspielen. Dazu sind wir weder Willens noch imstande. Aus dem Anfrieden anderer Mächte wird Deutschland keinen Vorteil ziehen, sondern Nachteile beschaffen. Wir erfahren, was Deutschland, und nicht nur Deutschland, sondern die Welt und die Weltwirtschaft braucht, ist nicht Uneinigkeit, sondern Einigkeit und Arbeit und ist für Deutschland im besonderen der Weg ins Freie und in eine bessere Zukunft.

Was ich wissen will, daß Deutschland drückt. Die Welt wird und seines Vaters Länder dem Herzen und dem Verstand nach von Deutschland abgetrennt werden kann, aber der Möglichkeit wollen wir offen ins Auge sehen, daß es Bestrebungen jenseits der Grenzen gibt, die auf neue Verbindungen und Eingriffe abzielen. Mit Sorgen sind die Blicke auf die schwergeprüfte Bevölkerung der besetzten Gebiete am Rhein gerichtet, die nun schon seit vier Jahren mit dem Verfall der Wirtschaft und dem Verfall der Nation und Lasten einer Besetzung trägt, deren Art dem Kulturvolk der zivilisierten Welt widerstrebt.

Am Schluß der Rede, deren Wirkung beeinträchtigt war durch den etwas schwingelnden Vortrag, erwiderte

ten Dankes wieder aus dem Munde des Reichsanwalt und der Reichsanwalt, während die übrigen Nationen sich still verhielten.

Die Besprechung.

Um 4.30 Uhr wird die neue Sitzung wieder eröffnet. Es erfolgt die Besprechung der Regierungserklärung. Abg. Dr. Bretschmidt (Sog.) gibt einen Überblick auf die letzte Regierungserklärung und erklärt, sie sei entstanden, weil der wieder erstarrte Kapitalismus mit Erfolg bemüht war, den Einfluß der Sozialdemokraten zurückzudrängen und den Einfluß des Bürgerturns zu vergrößern. Der Redner stellt fest, daß die Sozialdemokraten vertrauensvoll mit der Regierung zusammengearbeitet haben, und daß die ablehnende Haltung der Sozialdemokraten nicht aus persönlichen Vorurteilen zu erklären ist, sondern aus sachlichen Erwägungen. Die Aufrechterhaltung der Republik, auf die Herr Brüning sehr viel Wert legt, hat Herr Cuno in einem kleinen Nebenfall abgetan. Mit der Innehaltung der Reparationsnotwendigkeit, daß von deutscher Seite bestimmte Leistungen geboten werden sollten, wenn die Gegenparte gewisse Bedingungen erfüllt, ist auch die Sozialdemokratie einverstanden. Wir billigen, daß die Regierung diese Rote zur Grundlage ihrer Politik macht. Dem Übergang in die freie Wirtschaft werden wir unsere Unterstützung nicht verweigern. Die Erhöhung der Produktion ist ein altes sozialistisches Grundprinzip. (Wachen rechts.) An dem Achtstundentag darf nicht gerüttelt werden. Wir unterstützen die Regierung, wenn sie für die Wiedereinführung des Achtstundentages das deutsche Handels eintritt. Der Redner behauptet, daß der Ruf des neuen Erziehungsministers Müller-Bronn in der Rheinpfalz nicht sein sei. Am 1. August 1919 habe in Köln eine Versammlung stattgefunden. Dabei sei eine Resolution zur Herbeiführung einer republikanischen Republik angenommen worden. Da die Durchführung der Resolution sollte in erster Linie der gegenwärtige Ernährungsminister sorgen. (Stürmisches Gerede, hört.) Der Redner droht auch mit Mitteln über den Syndikus Brandt, der als Staatssekretär für das Wirtschaftsministerium in Frage kommt. (Unruhe.) Gegen Dr. Becker-Heffen seien die schwersten Bedenken zu erheben. Mit dem Namen des Außenministers v. Rosenfeld verknüpfen sich die Verträge von Brest-Litowsk und Bukarest. Das sei kein Ruhmestitel. Der Redner erklärt, seine Partei billige das Programm der Regierung, glaube aber nicht, daß sie es durchführen könne. Sie werde der Regierung nicht in wohlwollender Neutralität, sondern in scharfer Opposition gegenüberstehen. (Beifall links.)

Abg. Marx (Centr.) verlangt als nächster Redner unter dem für mich im Falle des Hauses, daß mit diesem Parteigehalt endlich aufgehört wird. Gerade die Sozialdemokratie, die das Scheitern der Koalition verursacht habe, habe am wenigsten das Recht, Fortwärt zu erheben. Ein schwerer Winter stehe bevor. Die Reichsregierung müsse mit harter Hand gegen Praeserei und Wucher vorgehen, an denen sich vor allem Ausländer beteiligen. Der Redner erklärt sich bereit, die Regierung mit Freuden bei der Durchführung ihres Programms zu unterstützen.

Abg. Dergt (Dnt.) gibt im Namen der Deutschnationalen Fraktion eine Erklärung ab. Die Fraktion müsse sich ihre Entscheidung von Fall zu Fall vorbehalten und, wenn es sein müsse, auch weiterhin in der Opposition verharren. Die Bildung der neuen Regierung eröffne Möglichkeiten einer Besserung unserer politischen Verhältnisse. Ob das ein Wendepunkt in der deutschen Geschichte werde, hänge von der Regierung ab.

Abg. Schiffer (Dem.) erklärt, er wisse nicht, ob er dem Reichsanwalt zu der freundlichen Begrüßung durch die Deutschnationalen gratulieren könne. Die Demokraten werden dem Kanzler ihr Vertrauen aussprechen, sich aber die Freiheit der Entscheidung von Fall zu Fall vorbehalten. Sie werden alles vermeiden, um Schwierigkeiten zu machen. Der Ernst der Stunde mache die Zusammenfassung aller Kräfte notwendig. Öffentlich werden sich auf der Grundlage des Regierungsprogramms die breitesten Kreise zusammenschließen. Der Redner regt an, eine Überprüfung des Wahlrechtes vorgenommen und festzustellen, ob es den Erfordernissen genügt. Er werde sich gegen die schwarze Schmach im besetzten Gebiet und bespricht die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die durch entlassene Maßnahmen gemildert werden müssen. Immer wieder müsse betont werden, daß der Versailles Vertrag eine Vergewaltigung sei.

Inzwischen ist folgendes

Wahrnehmungsum

Dr. Peterlen (Dem.) eingegangen: „Der Reichstag hat die Erklärung der Reichsregierung zur Kenntnis genommen und billigt, daß sie die Rote vom 18. November zur Grundlage ihrer Politik machen will.“

Abg. Marx (Rom.) beantragt nunmehr Vertagung. Der Antrag wird abgelehnt.

Abg. Roosen (Rom.) tritt dem Reichstag vor, er veranlasse nur ein wenig Bedenken. Es sei bei der Besetzung der Reichsregierung ein ganz anderes Element. — Um 8.30 Uhr spricht der Abg. Roosen noch weiter.

Das Haus vertagt sich auf Sonnabend vormittag 10 Uhr.

Sonnino +

Man hätte fast schon vergessen, daß der soeben verstorbenen italienische Staatsmann überhaupt noch am Leben war, denn seit dem Tage von Versailles war er fast völlig der politischen Vergessenheit anheimgefallen. Deutschland aber hat nicht den Grund, den Namen des ehemaligen italienischen Premierpräsidenten und Ministers des Auswärtigen zu vergessen. Denn mit Sidney Sonnino ist einer der schillerndsten Deutschenlands zu Grabe gegangen und sein Name steht unter dem Versailles und den anderen Friedensverträgen. Sonnino war

der nach dem Tode des Starbese di San Giuliano als Minister des Auswärtigen im Kabinett Salandra in den Jahren 1916 und 18 mit nachherem, fallen Verstande für die Aufgabe der Neutralität Italiens und seinen Eintritt in die Reihen unserer damaligen Feinde eintrat. Auch in seinem Vaterlande hat er keine tiefen Spuren seines Wirkens hinterlassen. Er war kein schillernder Staatsmann, klar und stark in seinen Ansichten, dem alle Vorbedingungen zur Popularität fehlten. Trotzdem vermochte er sich in den drei aufeinanderfolgenden Kabinetten Salandra, Boselli und Orlando zu halten. Nun er im 70sten Lebensjahre hingegangen ist, hinterläßt er keine Räder.

Wichtige politische Meldungen.

Der Währungs-Wert der Reichsbank. Die man von unrichtiger Seite erfährt, hat sich der Gesamtwert der Reichsbank, der Anfang des Jahres rund 100 Milliarden Mark und im Oktober 400 Milliarden Mark betragen hat, nunmehr auf eine Billion Mark erhöht. Die Hauptursache hierfür ist die schwebende Kohlenbeschaffung, 18 Prozent des Gesamtwertes des Werts entfallen auf die Kohle. Infolge ungenügender inländischer Kohlenförderung ist die Reichsbank gezwungen, wie schon mehrfach gemeldet, zur Aufrechterhaltung ihres Betriebes ausländische, englische Kohle zu beziehen. An dem Gesamtverbrauch englischer Kohle in Deutschland ist die Reichsbank mit 20 bis 30 v. D. beteiligt. Für das laufende Rechnungsjahr entfällt dadurch der Reichsbank ein Verbrauch von 98 Milliarden Mark gegenüber dem Preis inländischer Kohle.

Bayerischer Brotverbilligungsantrag. Die Landtagsfraktion der Bayerischen Mittelpartei und der Deutschen Volkspartei haben beim Landtag folgenden Antrag eingebracht: „Die Staatsregierung aufzufordern, die Reichsregierung unverzüglich zu veranlassen, daß 1. eine tatsächlich fähigere Brotverbilligung zugunsten der wirtschaftlich Schwachen durch eine Brotbeihilfe sichergestellt wird, 2. daß das Gesamtlieferungslohn für Bayern um mindestens die Hälfte herabgesetzt wird, 3. für das Umlagegetriebe der jeweilige freie Marktpreis mit mindestens 75 v. D. für die einzelnen Lieferungsstermine festgelegt wird, 4. der Landvolkschaft eine verbindende Zusicherung für die Einführung der freien Wirtschaft für das Wirtschaftsjahr 1920/21 klar und deutlich gegeben wird.“

Wahlprüfungsstelle und Alkohol. Der Ausschuss des Reichstages für das Branntweingelegte erklärte am 24. November die Beträge für Wahlprüfungsstelle sehr beträchtlich. Es wurden festgelegt: Zur Bekämpfung des Alkohols 75 Millionen, anstelle von 20; für die Tuberkulosefürsorge ebenfalls 75 Millionen statt 10 Millionen; zur Förderung des wissenschaftlichen praktischen Kartellbaus 90 Millionen statt 18 Millionen; für besondere Unterhaltungsarbeiten 20 Millionen statt 4 Millionen; für Beschaffung des Branntweines zu Heilzwecken 800 statt 40 Millionen. Angenommen wurde eine Entschärfung, daß die Organisationsfrage zur Bekämpfung des Alkohols möglichst einheitlich zusammengefaßt werden sollen. Von der Regierung wurde ein Rechenschaftsbericht darüber gefordert, welchen Organisations Beihilfen gewährt werden.

Die Wahrung des Wahlgesetzes. Nach dem bisher geltenden Wahlgesetz konnte ein Antrag auf Wiedereinsetzung der Vorführungserlaubnis praktisch nicht erledigt werden, da kein gesetzliches Antragsmittel zu Gebote stand, um die Verlegung eines Wahlkreises zur erneuten Prüfung bei der Berufungsstelle zu erzwingen. Wurde er nicht freiwillig vorgelegt, so fiel er trotz des Wiedereinsetzungsantrages weiter. Nach einem dem Reichstag vorgelegten Gesetzentwurf kann der Widerruf ohne erneute Prüfung erfolgen, wenn der beantragte Wahlkreis nicht binnen einer von der Oberprüfstelle gesetzten Frist vorgelegt wird.

Die Wahrung des Wahlgesetzes. Nach dem bisher geltenden Wahlgesetz konnte ein Antrag auf Wiedereinsetzung der Vorführungserlaubnis praktisch nicht erledigt werden, da kein gesetzliches Antragsmittel zu Gebote stand, um die Verlegung eines Wahlkreises zur erneuten Prüfung bei der Berufungsstelle zu erzwingen. Wurde er nicht freiwillig vorgelegt, so fiel er trotz des Wiedereinsetzungsantrages weiter. Nach einem dem Reichstag vorgelegten Gesetzentwurf kann der Widerruf ohne erneute Prüfung erfolgen, wenn der beantragte Wahlkreis nicht binnen einer von der Oberprüfstelle gesetzten Frist vorgelegt wird.

Die Wahrung des Wahlgesetzes. Nach dem bisher geltenden Wahlgesetz konnte ein Antrag auf Wiedereinsetzung der Vorführungserlaubnis praktisch nicht erledigt werden, da kein gesetzliches Antragsmittel zu Gebote stand, um die Verlegung eines Wahlkreises zur erneuten Prüfung bei der Berufungsstelle zu erzwingen. Wurde er nicht freiwillig vorgelegt, so fiel er trotz des Wiedereinsetzungsantrages weiter. Nach einem dem Reichstag vorgelegten Gesetzentwurf kann der Widerruf ohne erneute Prüfung erfolgen, wenn der beantragte Wahlkreis nicht binnen einer von der Oberprüfstelle gesetzten Frist vorgelegt wird.

Attentatsversuch auf Einowien. In Kiew wurden am 17. November die Mitglieder der 8. Internationale zwei Personen verhaftet (in Militäruniform), die an einer Straßenecke auf Einowien, der hier im Auto vorbeifahren sollte, warteten. Bei ihnen wurden Handgranaten und Revolver gefunden. Die Presse darf den Vorfall nicht besprechen.

Zur Regierungsbildung in Sachsen.

Die Verhandlungen mit den Kommunisten. Eine sehr schlichte Jenseit erteilen die Kommunisten der sächsischen Sozialdemokratie für deren Vereinfachung, auf die meisten kommunistischen Bedingungen einzugehen und über die Regierungsbildung miteinander zu verhandeln. Das kommunistische Dresdner Volksblatt schreibt: „Die sozialdemokratische Antwort läßt an Unklarheit nichts zu wünschen übrig. Es wäre viel zweckmäßiger gewesen, wenn die S.D.P., anstatt die Forderungen in verschämten Kategorien einzustellen, gleich klar und klar zu jeder einzelnen Forderung ihren Standpunkt präzisiert hätte. Auf die sozialdemokratische Dreiteilung unserer Verhandlungen gehen wir nicht ein und lehnen sie ab. Verhandlungszeit ist, daß die Sozialdemokraten in dem Punkt 9 der Bedingungen (Kontrolle der Beschäftigung der Arbeiterbetriebe) ihre Argumentation vollständig geändert haben. Dies ist ein Fehler, daß diese der Verfassung widerspricht, ist die Forderung sehr unannehmbar, weil sie keine Forderung des Gesamtvolkes ist.“ Die Widerstände dieser Argumentation erklärt der Dr. Volkst. für beweislos und das Ganze für ein ungeschicktes Verlegenheitsmanöver. Zum Schluß erklärt das kommunistische Blatt die Forderung nach Wiedereinsetzung der Betriebe in Getrieb als eine unerlässliche Bedingung. „Wir denken nicht daran.“ So heißt es wirklich, „mit den Sozialdemokraten eine Koalitionsregierung zu bilden, in der wir ihnen gegenüber dieselbe Rolle spielen, wie sie die Sozialdemokraten in der Koalitionsregierung des Reiches gespielt haben. Die Koalitionsregierung, in die allein wir eintraten können, unterwirft sich von der Koalitionsregierung, die die Sozialdemokraten wollen, nicht nur in der parlamentarischen Gesetzgebung, sondern auch in deren Verhältnis zur Arbeitskraft. Die So-